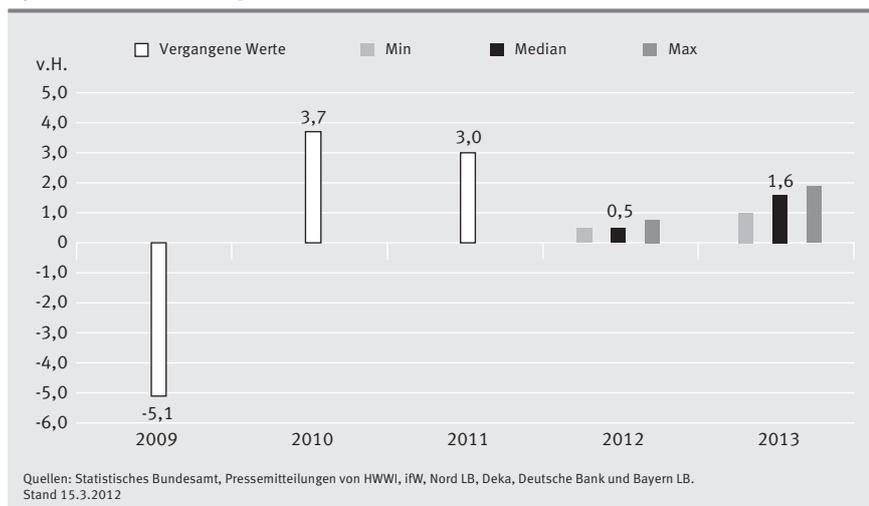


## Unsicherheit bestimmt Erwartungen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland

Das Jahr 2011 schloss nach drei wachstumsstarken Quartalen mit einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,2 v.H. gegenüber dem Vorquartal. Für 2012 erwarten Experten eine geringere Dynamik als im Jahr 2011, wie sich in deren BIP-Prognosen zwischen 0,5 und 0,8 v.H. zeigt. Grund ist die weiterhin unsichere Lage im internationalen Umfeld.

### Spektrum der BIP-Prognosen von Instituten und Banken



Wie das Statistische Bundesamt bekannt gab, sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal 2011 mit 0,2 v.H. leicht gegenüber dem Vorquartal. Dieser geringe Rückgang trübt jedoch kaum die positive Bilanz des Gesamtjahres 2011, welches mit 3,0 v.H. ein starkes Wachstum verzeichnete. Im letzten Quartal des Jahres 2011 leisteten lediglich die Bruttoanlageinvestitionen mit einem Anstieg von 1,0 v.H. gegenüber dem Vorquartal einen positiven Beitrag. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 trug der Außenhandel stets positiv zum Wachstum des BIP bei. Im Schlussquartal jedoch sanken die Exporte stärker als die Importe, woraus ein negativer Wach-

tumsbeitrag zum BIP in Höhe von -0,3 Prozentpunkten resultiert. Dies lässt sich neben der schwachen Nachfrage aus Westeuropa ebenso auf die geringere Wachstumsdynamik in einigen Schwellenländern wie China oder Brasilien zurückführen. Diese gewinnen zunehmend als Abnehmer deutscher Exportgüter an Bedeutung. Mit einem Rückgang von 0,2 v.H. erzielten die privaten Konsumausgaben, die wegen der schwachen Auslandsnachfrage die Hoffnungsträger der deutschen Produzenten sind, ebenfalls einen negativen Wachstumsbeitrag. Im 3. Quartal 2011 hatte diese Komponente des Bruttoinlandsprodukts noch ein Zwischenhoch erreicht.

Gegenüber dem Vorjahresquartal ist das BIP im 4. Quartal um 1,5 v.H. gestiegen. Damit konnte im Jahr 2011 jedes Quartal einen Anstieg gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal verzeichnen. Zudem spiegelt sich die gute Wirtschaftslage des Jahres 2011 in dem vergleichsweise niedrigen Wert des Staatsdefizits wider. Dieses liegt mit -1,0 v.H. deutlich unter dem Wert der beiden vorherigen Jahre (-4,3 v.H. und -3,2 v.H.). Das ist unter anderem auf eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen, die dem Sozialversicherungssystem den höchsten Überschuss seit der Wiedervereinigung bescherte. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist im Jahr 2011 um 1,4 v.H. gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser positive Trend setzt sich Anfang dieses Jahres fort. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg im Januar saisonbereinigt um 86.000. Die Arbeitslosenquote blieb in den ersten beiden Monaten saisonbereinigt konstant bei 6,8 v.H. Der vergleichsweise hohe Beschäftigungsgrad schlägt sich ebenfalls in der Einschätzung der ak-

### IN DIESER AUSGABE

|   |    |
|---|----|
| Unsicherheit bestimmt Erwartungen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland                | 1  |
| Die voraussichtliche Lage in der EWU  | 3  |
| Ergebnisse der Februarumfrage 2012  | 4  |
| Konjunkturelle Stimmung bei den Unternehmen in der Informationswirtschaft leicht verbessert | 5  |
| Wertschöpfung durch Fachkräftesicherung?  | 6  |
| Was hemmt das Wachstum junger Unternehmen?  | 8  |
| Das Produktionspotential im Frühjahr 2012   | 10 |
| EU Kommission ist besorgt um Fortschritte bei den „Europa 2020“ Zielen                      | 12 |

tuellen Lage nieder, die quer über alle Stimmungskennzahlen als relativ gut eingestuft wird.

### Stimmungsindikatoren verhalten optimistisch

Die Erwartungen der Marktteilnehmer drücken derzeit verhaltenen Optimismus aus. Die für den ZEW-Indikator befragten Finanzmarktexperten haben ihre Konjunkturerwartungen für Deutschland in den letzten Monaten stark nach oben korrigiert. Insgesamt gehen nun 35,8 v.H. der Teilnehmer von einer Verbesserung der Konjunktur in den nächsten sechs Monaten aus, wohingegen 13,5 v.H. eine Verschlechterung erwarten. Dieser Aufwärtstrend in den ZEW-Konjunkturerwartungen deckt sich mit der Entwicklung des DAX, der in den beiden ersten Monaten des Jahres um 16,2 v.H. auf 6856 Punkte gestiegen ist. Die Erwartungen der gewerblichen Wirtschaft haben laut ifo Konjunkturtest im Februar 2012 ebenfalls leichten Aufwind erfahren. In der DIHK Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn 2012 verschlechterten sich die Einschätzungen minimal gegenüber Herbst 2011. Der Anteil der befragten Unternehmen, die mit besseren Geschäften in den kommenden zwölf Monaten rechnen, ist um einen Pro-

zentpunkt auf 22 v.H. gesunken. Der Anteil der Pessimisten ist dagegen um den gleichen Betrag auf 17 v.H. gewachsen. Die größten Risiken für ihr Wachstum sehen die Unternehmen dabei in steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, der Inlandsnachfrage und in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. In der GfK-Konsumklimastudie im Februar zeigten sich die Konsumenten optimistisch bezüglich ihrer Haushaltseinkommen in den nächsten zwölf Monaten. Dies dürfte durch die stabile Lage am Arbeitsmarkt und erhoffte Lohnsteigerungen in den anstehenden Tarifverhandlungen bedingt sein. Ihre Konsum- und Anschaffungsneigung befindet sich dementsprechend ebenfalls auf hohem Niveau. Die Erwartungen der Konsumenten an die konjunkturelle Lage fällt hingegen weniger optimistisch aus, liegt aber immerhin mit 5,9 Zählern noch über dem langjährigen Mittelwert von 0.

### Schwache Dynamik für das Jahr 2012 prognostiziert

Für die Wirtschaftsleistung in Deutschland im Jahr 2012 deutet sich ein deutlich geringerer Anstieg als in den beiden Vorjahren an. Die BIP-Prognosen der Institute und Banken für 2012 liegen zwischen 0,5

v.H. und 0,8 v.H. Zu dem hohen Wachstum der vergangenen zwei Jahre haben vor allem Nachholinvestitionen beigetragen (5,5 v.H. und 6,4 v.H.), die jedoch nun weitestgehend getätigt sein sollten. Somit werden für 2012 keine vergleichbar hohen Wachstumsraten der Investitionen erwartet (Median 1,3 v.H.). Insbesondere die konjunkturelle Abkühlung in den EU- und Schwellenländern wird als wachstumshemmend angesehen, sodass der Außenbeitrag nicht den üblichen hohen Wachstumsbeitrag zum BIP leisten dürfte. Experten prognostizieren für 2012 im Median nur noch ein Wachstum der Exporte in Höhe von 2,4 v.H. gegenüber 3,7 v.H. für die Importe. Insgesamt ist die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im Jahr 2012 weiter mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Zum einen wegen der Besorgnis um die weiteren Entwicklungen der Staatsschuldenkrise, zum anderen wegen der Auslandsnachfrage und steigender Energiepreise. Zusätzlich zu etwaigen Stromversorgungsengpässen treiben Unruhen in Nigeria und im Sudan und Spannungen mit dem Iran den Ölpreis in die Höhe. Auf nationaler Ebene sorgen angekündigte Lohnforderungen von teilweise über 6 v.H. für Unmut bei den Unternehmen.

Claudia Busl, busl@zew.de  
Frauke Schleier, schleier@zew.de

## Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2011, 2012 und 2013

|  | Statist. BA | HWWI |      |       | ifW   |       | Sachverständigenrat |      | Deka |      | Deutsche Bank |       | Bayern LB |  |
|--|-------------|------|------|-------|-------|-------|---------------------|------|------|------|---------------|-------|-----------|--|
|  | 2011        | 2012 | 2013 | 2012  | 2013  | 2012  | 2013                | 2012 | 2013 | 2012 | 2013          | 2012  | 2013      |  |
| BIP, real                                      | 3,0         | 0,5  | 1,5  | 0,7   | 1,9   | 0,8   | -                   | 0,5  | 1,6  | 0,5  | 1,0           | 0,5   | 1,6       |  |
| Privater Konsum                                | 1,5         | 1,0  | 1,2  | 0,7   | 1,1   | 0,8   | -                   | 0,9  | 1,4  | 0,5  | 1,0           | 1,0   | 1,2       |  |
| Konsumausgaben des Staates                     | 1,4         | 1,0  | 1,0  | 1,2   | 1,5   | 1,4   | -                   | 1,5  | 1,2  | 0,6  | 0,2           | 0,9   | 1,3       |  |
| Bruttoanlageinvestitionen                      | 6,4         | 0,9  | 2,2  | 2,9   | 6,2   | 1,3   | -                   | -    | -    | 1,3  | 2,6           | -     | -         |  |
| Exporte  | 8,2         | 2,3  | 5,5  | 2,2   | 4,8   | 3,5   | -                   | 2,5  | 5,3  | 1,7  | 4,6           | 2,6   | 4,8       |  |
| Importe  | 7,4         | 3,2  | 5,9  | 3,5   | 5,7   | 4,3   | -                   | 3,8  | 6,2  | 2,2  | 5,0           | 4,1   | 4,9       |  |
| Erwerbstätige (in Tsd.)                        | 41100       | -    | -    | 41583 | 42030 | 41282 | -                   | -    | -    | -    | -             | 41200 | 41300     |  |
| Veränderung                                    | 1,3         | 0,9  | 0,3  | -     | -     | -     | -                   | 0,6  | 0,2  | -    | -             | -     | -         |  |
| Arbeitslose (in Tsd.)                          | 2976        | 2850 | 2700 | 2775  | 2560  | 2863  | -                   | -    | -    | -    | -             | 2900  | 2800      |  |
| Arbeitslosenquote                              | 7.1*        | 6.4* | 6.1* | 6.6*  | 6.1*  | 6.7*  | -                   | 6.7* | 6.7* | 6.8* | 6.8*          | 6.9*  | 6.7*      |  |
|  | 5.8**       | -    | -    | 4.8** | 4.0** | 5.5*w | -                   | -    | -    | -    | -             | -     | -         |  |
| Preisindex der Lebenshaltung                   | 2,3         | 1,9  | 1,7  | 2,5   | 2,3   | 1,8   | -                   | 2,0  | 1,7  | 2,0  | 1,5           | 1,8   | 1,6       |  |
| Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP | -1,0        | -0,8 | -0,5 | -0,7  | -0,6  | -0,8  | -                   | -0,5 | -0,3 | -1,3 | 1,0           | -0,7  | -0,3      |  |

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. \*Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. \*\* Arbeitslosenquoten gemäß ILO-Definition. Quellen: Statist. BA 24.02.12, HWWI 05.03.12, ifW 15.03.12, Sachverständigenrat 15.03.12, Deka 09.03.12, Deutsche Bank 13.03.12, Bayern LB 12.03.12.

# Die voraussichtliche Lage in der EWU

Die jüngste Schnellschätzung von Eurostat zeigt sowohl für den Euroraum als auch für die EU27 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2011 um 0,3 v.H. im Vergleich zum Vorquartal. Bezogen auf das Vorjahresquartal liegt ein Anstieg des BIP um 0,7 v.H. im Euroraum und 0,9 v.H. in der EU27 vor. In den ersten drei Quartalen 2011 lag die Zunahme im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal noch bei 0,8 v.H., 0,2 v.H. und 0,1 v.H. für den Euroraum sowie bei 0,7 v.H., 0,2 v.H. und 0,3 v.H. für die EU27. Primär ursächlich für die leicht negative Entwicklung waren die Investitionstätigkeit und der private Konsum. Die Exporte haben sich zwar ebenso als rückläufig erwiesen, allerdings wurde dies durch die ebenso fallende Importtätigkeit aufgefangen, so dass der Außenbeitrag insgesamt nahe null liegt.

Die negative Entwicklung zum Jahresende stellt nach Ansicht von Beobachtern keinen Konjunktureenbruch dar. Für das erste Quartal 2012 wird erneut mit einem leichten Rückgang des BIP gerechnet. Darauf deutet etwa der Rückgang der Industrieproduktion hin. Es mehren sich aber die Anzeichen, dass die konjunkturelle

Dynamik in Europa lediglich vorübergehend gedämpft ist. So zeigt etwa der Stimmungsindikator der Europäischen Kommission eine Trendumkehr. Zum ersten Mal seit März 2011 hat sich die Einschätzung im Vergleich zum Vormonat verbessert. Eine ähnliche Schlussfolgerung legt der ZEW-Konjunkturindikator nahe. Die Erwartungen für den Euroraum liegen derzeit wieder leicht im positiven Bereich und haben sich zum Vorquartal deutlich verbessert.

Trotzdem besteht kein Grund zur Euphorie. Weiterhin besteht große Unsicherheit über die Lösung der Schuldenkrise in Europa. Der Schuldenschnitt in Griechenland wurde erfolgreich durchgeführt. Dadurch reduziert sich dort der Schuldenstand um mehr als 100 Milliarden Euro. Ziel dieser Maßnahme ist die Rückführung des Schuldenstands Griechenlands auf ein Niveau von 120 v.H. des BIP bis 2020. Dies wird allgemein als Obergrenze angesehen, ab welcher Hilfsmaßnahmen von der EU oder dem IWF notwendig sind. Allerdings besteht die Gefahr, dass die Schulden Griechenlands aufgrund einer sehr schwachen Konjunktur nicht weiter substantiell verringert werden können.

Der Arbeitsmarkt der Eurozone sendet ebenfalls keine positiven Signale. Die Arbeitslosenquote ist in den letzten Monaten stetig gestiegen und liegt im Euroraum derzeit bei 10,7 v.H. Dies belastet die Staatskassen durch sozialstaatliche Leistungen und sinkende Steuereinnahmen. Gerade in den durch hohe Schuldenstände besonders betroffenen Ländern liegt die Arbeitslosenquote auf sehr hohem Niveau. In Spanien betrug sie im Januar 23,3 v.H., während sie sich in Griechenland auf ähnlichem Niveau bewegt. Ebenfalls ein zweistelliger Wert ist in Portugal zu verzeichnen.

Eine leicht positive Konjunkturdynamik in den Vereinigten Staaten sowie in Asien sorgt für ein stabiles makroökonomisches Umfeld. Von deutlichen konjunkturellen Impulsen aus diesen Regionen kann dagegen keine Rede sein. Die Prognosen für den Euroraum bewegen sich daher für 2012 um den Nullpunkt. Allerdings werden viele Risiken von Konjunkturrexperten unterschiedlich bewertet, weshalb unklar ist, ob auf das ganze Jahr gesehen mit einem leicht positiven oder negativen Wachstum gerechnet werden kann.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

|                    | EWU  |      | Italien |      | Spanien |      | Belgien |      | Österreich |      | Irland |      |
|--------------------|------|------|---------|------|---------|------|---------|------|------------|------|--------|------|
|                    | 2012 | 2013 | 2012    | 2013 | 2012    | 2013 | 2012    | 2013 | 2012       | 2013 | 2012   | 2013 |
| BIP, real          | 0,5  | 1,3  | -1,6    | 0,6  | -1,3    | 0,6  | -0,3    | -    | 0,4        | 1,6  | 0,9    | 2,3  |
| Privater Verbrauch | 0,4  | 1,0  | -1,0    | 0,4  | -2,0    | -0,9 | 0,2     | -    | 0,8        | 1,0  | -1,8   | -1,0 |
| Investitionen      | 0,5  | 2,9  | -4,8    | 1,7  | -6,2    | -1,9 | -2,0    | -    | 0,9        | 1,5  | -3,3   | -1,9 |
| Exporte            | 3,4  | 5,3  | 0,2     | 3,6  | 1,6     | 8,2  | -0,6    | -    | 3,5        | 6,4  | 3,4    | 3,8  |
| Importe            | 3,0  | 5,0  | -1,3    | 3,4  | -4,8    | 2,1  | -0,4    | -    | 3,7        | 5,9  | 1,1    | 1,6  |
| Verbraucherpreise  | 1,7  | 1,6  | 2,2     | 2,1  | 1,2     | 1,1  | 2,2     | -    | 2,1        | 1,9  | 1,4    | 1,3  |
| Arbeitslosenquote  | 10,1 | 10,0 | 8,2     | 8,2  | 20,9    | 20,3 | 7,7     | 7,9  | 4,5        | 4,2  | 14,3   | 13,6 |
| Beschäftigung      | -    | 0,3  | -0,2    | 0,3  | -0,4    | 0,5  | 0,4     | 0,5  | 0,2        | 0,8  | -0,6   | 0,6  |

|                    | Niederlande |      | Frankreich |      | Finnland |      | Portugal |      | Griechenland |      | nachrichtlich GB |      |
|--------------------|-------------|------|------------|------|----------|------|----------|------|--------------|------|------------------|------|
|                    | 2012        | 2013 | 2012       | 2013 | 2012     | 2013 | 2012     | 2013 | 2012         | 2013 | 2012             | 2013 |
| BIP, real          | -0,6        | 1,4  | 0,5        | 1,2  | 0,4      | 1,8  | -3,1     | 0,3  | -2,8         | 0,7  | -0,1             | 2,3  |
| Privater Verbrauch | -0,6        | 0,4  | 0,2        | 1,2  | 1,2      | 1,4  | -6,0     | -1,8 | -4,3         | -0,9 | 0,2              | 1,4  |
| Investitionen      | -2,4        | 2,4  | 0,8        | 1,7  | 1,4      | 3,9  | -12,8    | -1,8 | -3,6         | 6,3  | -5,8             | 3,9  |
| Exporte            | 1,2         | 5,3  | 3,7        | 8,0  | 0,4      | 6,0  | 4,1      | 5,8  | 6,5          | 6,5  | 0,6              | 6,4  |
| Importe            | 0,4         | 4,9  | 1,1        | 7,1  | -        | 5,6  | -6,3     | 0,7  | -3,2         | 0,7  | -2,0             | 4,3  |
| Verbraucherpreise  | 1,9         | 1,6  | 2,1        | 1,7  | 2,5      | 1,7  | 3,2      | 1,0  | 0,8          | 0,8  | 2,2              | 1,4  |
| Arbeitslosenquote  | 4,7         | 4,8  | 10,0       | 10,1 | 7,7      | 7,4  | 13,6     | 13,7 | 18,4         | 18,4 | 8,6              | 8,5  |
| Beschäftigung      | -0,1        | -    | 0,4        | 0,4  | 0,3      | 0,2  | -1,4     | 0,2  | -2,8         | 0,4  | 0,5              | 0,5  |

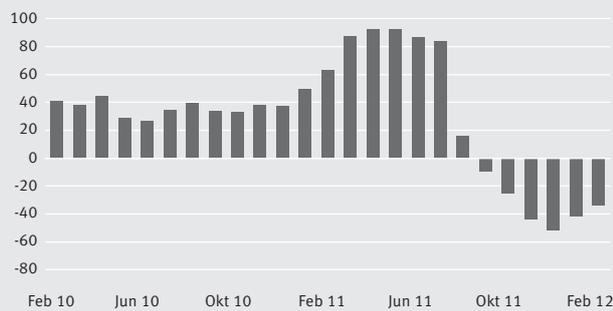
Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: Europäische Kommission, Brüssel. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: ABN Amro, Amsterdam. Finnland: Bank of Finland, Helsinki. Frankreich: BNP Paribas, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: Confindustria, Rom. Portugal: Banco de Portugal, Lissabon. Griechenland: Europäische Kommission, Brüssel. GB: NIESR, London. Stand: 06.03.2012

## Ergebnisse der Februarumfrage 2012

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 400 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger internati-

onaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 30.01.2012 – 13.2.2012 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 17.02.2012) veröffentlicht.

### Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen



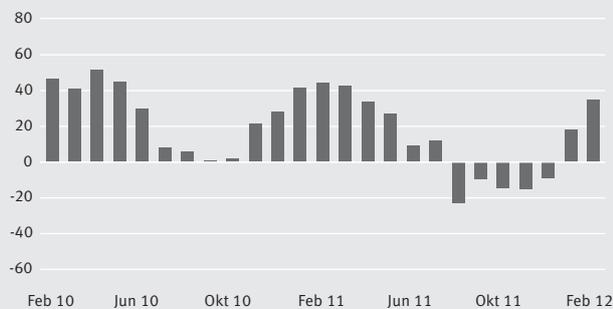
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

### EZB: Konstante Zinserwartungen verfestigen sich

Mit Blick auf die kurzfristigen Zinsen sehen die ZEW-Finanzmarktexperten momentan nur zwei Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung: Entweder bleiben die Zinsen auf dem aktuellen Niveau (der Hauptrefinanzierungssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) beträgt 1 v.H.) oder sie sinken weiter. Im Februar hat die Gruppe, die mit tendenziell gleich bleibenden kurzfristigen Zinsen auf Sicht der nächsten sechs Monate rechnet, im Vergleich zum Vormonat zugenommen: Erwarteten im Januar noch 46,4 v.H. der Befragten gleich bleibende Zinsen, ist dieser Anteil im Februar auf 55,8 v.H. gestiegen. Damit, dass die EZB das Niveau der kurzfristigen Zinsen im nächsten halben Jahr wieder anhebt, rechnet hingegen nach wie vor nur eine kleine Minderheit der Finanzmarktexperten.

Christian D. Dick

### Konjunkturerwartungen Vereinigte Staaten



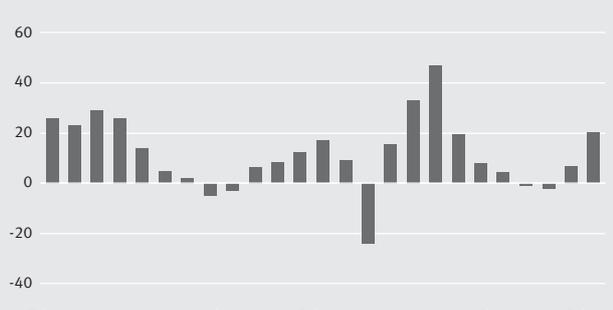
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Änderung der kurzfristigen Zinsen in den Vereinigten Staaten in sechs Monaten. Quelle: ZEW

### Vereinigte Staaten: Konjunkturoptimismus nimmt zu

Die US-amerikanischen Verbraucher und Unternehmer sind davon überzeugt, dass die US-amerikanische Wirtschaft die Konjunkturdelle bald hinter sich lassen wird. Darauf jedenfalls deuten entsprechende Umfrageergebnisse hin. Schon vor Wochen war ein Aufwärtstrend bei der Beschäftigungsentwicklung zu erkennen. Nun haben die Produktionsindikatoren nachgezogen. Bruttoinlandsprodukt, Industrieproduktion und die Auslieferung von Industriegütern verzeichneten allesamt erfreuliche Zuwächse. Die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten beurteilen die konjunkturellen Perspektiven auf Sicht von sechs Monaten für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten erneut besser als im Vormonat. Der entsprechende Saldo legt um 16,3 Punkte zu und steht nun bei 34,4 Punkten.

Frieder Mokinski

### Konjunkturerwartungen Japan



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktur in Japan. Quelle: ZEW

### Japan: Wirtschaftliche Perspektiven verbessern sich

Die Anzeichen dafür, dass es mit der japanischen Wirtschaft wieder aufwärts gehen könnte, mehren sich. Zum Jahresende stiegen jüngsten Zahlen zufolge die Industrieproduktion und der Einzelhandelsumsatz. Dennoch besteht kein Grund zum Überschwang. Hiervon zeugt unter anderem der Anstieg der Arbeitslosenquote. Entsprechend differenziert fallen die Einschätzungen der Finanzmarktexperten hinsichtlich der japanischen Konjunktur im Februar 2012 aus. Während die Perspektive für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf Sicht von sechs Monaten deutlich besser als im Januar 2012 beurteilt wird – der entsprechende Saldo steigt um 13,1 Punkte auf 20,1 Punkte – fällt die Beurteilung der aktuellen konjunkturellen Lage unverändert schlecht aus.

Frieder Mokinski

INFORMATIONSWIRTSCHAFT

# Konjunkturelle Stimmung bei den Unternehmen in der Informationswirtschaft leicht verbessert

Von der eingetrübten konjunkturellen Stimmung im dritten Quartal 2011 hat sich die Informationswirtschaft im vierten Quartal wieder etwas erholt. Der ZEW-Stimmungsindikator Informationswirtschaft steigt um fünf Punkte auf einen Wert von 61,6.

Im vierten Quartal 2011 entwickeln sich die Teilindikatoren der aktuellen Geschäftslage und der Geschäftserwartungen für das kommende Quartal unterschiedlich. Der Teilindikator der aktuellen Geschäftslage legt um 15,4 Punkte zu und erreicht einen Wert von 67,9 Punkten. Die Geschäftslage stellt sich somit besser dar als von den Unternehmen im dritten Quartal 2011 erwartet. Gleichzeitig geht der Teilindikator der Geschäftserwartungen im vierten Quartal 2011 um 5,2 Punkte leicht

auf 55,8 Punkte zurück. Mit einem Wert von über 50 lässt der Teilindikator der Erwartungen nach wie vor eine leicht expansive konjunkturelle Entwicklung in den kommenden Monaten erwarten.

### Kehrtwende in der IKT-Branche

Die Einschätzung der Konjunktur in der IKT-Branche verbessert sich in der aktuellen Umfrage nach dem massiven Abwärtstrend im Vorquartal deutlich.

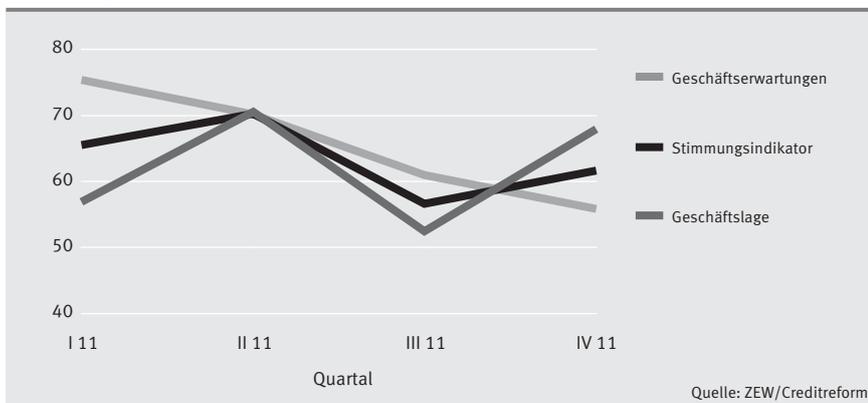
Der Stimmungsindikator steigt um 15,2 Punkte auf 65,5 Punkte. Für diese Entwicklung ist primär die positive Einschätzung der aktuellen Geschäftslage aufgrund guter Umsatzzahlen verantwortlich. Insbesondere in der Teilbranche der IKT-Dienstleister verzeichnet im vierten Quartal 2011 mehr als die Hälfte der Unternehmen eine Umsatzsteigerung und nahezu die Hälfte der Unternehmen eine Nachfragesteigerung.

Der Stimmungsindikator für die Medienbranche nimmt um 2,4 auf 54,7 Punkte zu. Hinter dieser Verbesserung verbergen sich zwei gegenläufige Effekte: Zum einen steigt der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage um 20,4 Punkte auf 69,8. Zum anderen sinkt der Teilindikator der Geschäftserwartungen um 12,5 Punkte auf 42,9. Er liegt somit erstmals im Jahr 2011 unterhalb der 50-Punkte-Marke.

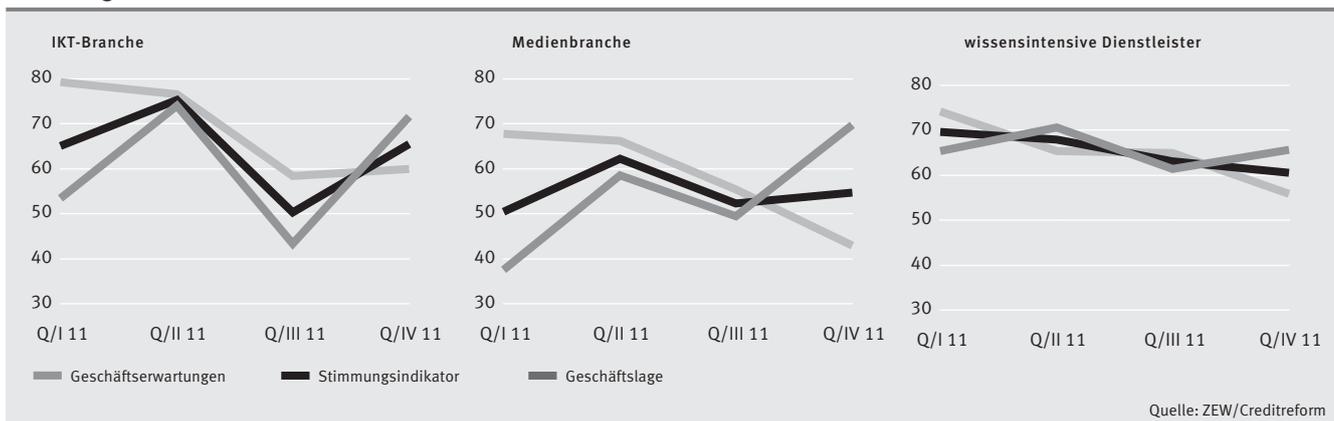
Im Gegensatz zu IKT- und Medienbranche setzt der Indikator für die wissensintensiven Dienstleister seinen Abwärtstrend fort. Der Branchenindikator liegt jedoch mit 60,5 Punkten immer noch oberhalb der 50-Punkte-Marke. Während die Geschäftslage im vierten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorquartal fast unverändert bleibt, geht der Teilindikator der Geschäftserwartungen im vierten Quartal 2011 um 9,1 Punkte zurück.

Irene Bertschek, bertschek@zew.de  
Miruna Sarbu, sarbu@zew.de

### Stimmungsindikator Informationswirtschaft



### Stimmungsindikatoren der Teilbranchen



# Wertschöpfung durch Fachkräftesicherung?

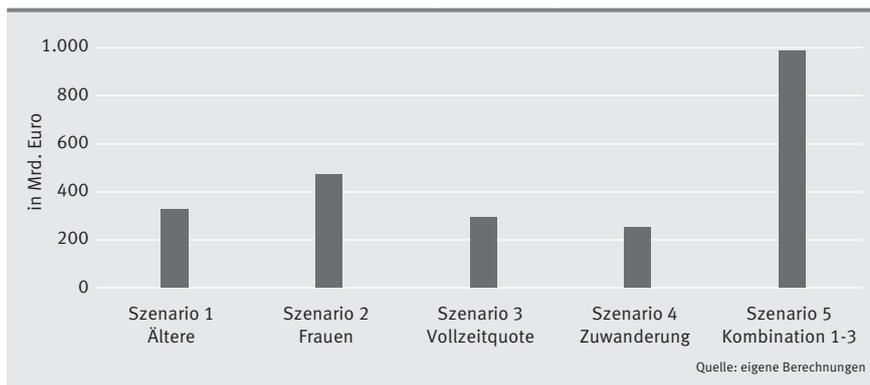
Die möglichen Folgen des demografischen Wandels für das Wirtschaftspotential Deutschlands stehen bereits seit einiger Zeit im Fokus von Wissenschaft und Politik. Ein in der politischen Diskussion häufig eingesetztes Argument lautet, dass ein Rückgang der Arbeitskräftebasis das Wachstumspotential eines Landes negativ beeinflusst.

Jedoch kann dem beispielsweise durch Maßnahmen zur Fachkräftesicherung entgegengewirkt werden. Im folgenden Beitrag werden die Wertschöpfungseffekte solcher Maßnahmen für Deutschland bis 2025 aus makroökonomischer Perspektive quantifiziert.

Als Ausgangspunkt dient dabei ein Basisszenario, in dem 2025 demografisch bedingt auf dem Arbeitsmarkt 2,5 Millio-

nen Menschen weniger zu Verfügung stehen als heute. Dies entspricht dem Ausblick, wenn sich die laufenden Trends bei Partizipationsraten und Arbeitszeiten fortsetzen. Die Schätzung von Wertschöpfungseffekten basiert auf Projektionen des Produktionspotentials, welches mit Hilfe des produktionsfunktions-theoretischen Verfahrens des ZEW bis 2025 berechnet wird. Für das Basisszenario wird das gegenwärtige Potential mit expliziten Annahmen zu den einzelnen Faktoren fortgeschrieben. Ausgehend von diesem Basisszenario werden die Folgen von Politikmaßnahmen zur Fachkräftesicherung über erhöhte Trends der Partizipationsrate oder Arbeitszeiten modelliert.

**Abbildung: Mögliche Wertschöpfungsgewinne im Vergleich zu einem Referenzszenario mit 2,5 Millionen weniger Erwerbspersonen bis 2025**



nen Menschen weniger zu Verfügung stehen als heute. Dies entspricht dem Ausblick, wenn sich die laufenden Trends bei Partizipationsraten und Arbeitszeiten fortsetzen. Die Schätzung von Wertschöpfungseffekten basiert auf Projektionen des Produktionspotentials, welches mit Hilfe des produktionsfunktions-theoretischen Verfahrens des ZEW bis 2025 berechnet wird. Für das Basisszenario wird das gegenwärtige Potential mit expliziten Annahmen zu den einzelnen Faktoren fortgeschrieben. Ausgehend von diesem Basisszenario werden die Folgen von Politikmaßnahmen zur Fachkräftesicherung über erhöhte Trends der Partizipationsrate oder Arbeitszeiten modelliert.

## Maßnahmen und Szenarien

Konkret werden fünf Szenarien für Deutschland diskutiert: Eine Anhebung der Erwerbsbeteiligung Älterer, eine Stei-

gerung der Erwerbsbeteiligung der Frauen, eine Anhebung der Vollzeitquote der Frauen sowie eine Steigerung der Zuwanderung. Schweden wird dabei für die ersten drei Szenarien als Bezugspunkt für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration herangezogen, da dieses Land als europäischer Spitzenreiter bei der Erwerbsbeteiligung gilt. Zusätzlich werden als fünftes Szenario die Wertschöpfungseffekte

eines Bündels an Maßnahmen berechnet. Dabei werden die ersten drei Szenarien gemeinsam berücksichtigt. Die Bündelung der ersten drei Szenarien hat folgenden Grund: Es soll dargestellt werden, wie sich eine Anpassung der Erwerbsbeteiligung Älterer und Frauen sowie der Vollzeitquote der Frauen auf schwedisches Niveau auf die Wertschöpfung in Deutschland auswirkt. Die Zuwanderung spielt hierbei keine Rolle, da Schweden hier nicht der Bezugspunkt ist. Im Detail werden die folgenden Anpassungen im Modell durchgeführt.

gens 74,5 v.H. simuliert.<sup>1</sup> Die aggregierte Partizipationsrate wird dann im Modell entsprechend angepasst.

Eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen wird ebenfalls über eine Anhebung der Partizipationsrate simuliert. Dabei wird die Partizipationsrate der Frauen in Deutschland von derzeit 70,8 v.H. auf das Niveau des Referenzlandes Schweden 76,7 v.H. angehoben. Dies ist das zweite Szenario.

Als drittes wird eine Anhebung der Vollzeitquote der Frauen in Deutschland im Modell berechnet. Die Vollzeitquote der Frauen, das heißt der Anteil der beschäftigten Frauen, die Vollzeit arbeiten, liegt im Jahr 2010 bei 55 v.H. Als Referenz dient die Vollzeitquote der Frauen in Schweden mit einem Wert von 60,3 v.H. Die Veränderung der Vollzeitquote in Deutschland wird durch eine Anpassung der durchschnittlichen Arbeitszeit der Voll- und Teilzeitbeschäftigten vorgenommen. Grundlage für diese Anpassung sind Informationen zur durchschnittlichen Arbeitszeit, die nach Geschlechtern und nach Voll- und Teilzeit getrennt vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vorliegen.

Im vierten Szenario werden die Effekte einer steigenden Zuwanderung durch veränderte Annahmen über die Bevölkerungsvorausberechnung simuliert. Anstelle des Basisszenarios der Bevölkerungsvorausberechnung vom Statistischen Bundesamt (Variante 1-W1, Wanderungssaldo 100 Tsd. ab 2014) wird die optimistischere Variante 1-W2 verwendet, welche einen Wanderungssaldo von 200 Tsd. Personen ab 2020 unterstellt.

Das fünfte Szenario stellt annäherungsweise eine Vereinigung der Szenarien 1, 2 und 3 dar und dient beispielhaft zur Bestimmung der Wertschöpfungseffekte durch ein Maßnahmenpaket. In diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass es gelingt, sowohl die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Altersgruppe 15-54 als auch die Erwerbsbeteiligung der Älteren (55-64-Jährige) auf das schwedische Niveau zu heben. Zusätzlich wird angenommen, dass eine Angleichung des Anteils vollzeitbeschäftigter Frauen an den der-

<sup>1</sup> Die Daten zu den gruppenspezifischen Partizipationsraten und Voll- sowie Teilzeitquoten für Deutschland und Schweden stammen von Eurostat.

zeitigen Wert von Schweden erfolgt. Die Wertschöpfungsgewinne lassen sich durch einen Vergleich der Produktionspotentiale im Basisszenario und im jeweiligen Vergleichsszenario quantifizieren. Die Abbildung gibt einen Überblick über die zentralen Ergebnisse durch die Darstellung der kumulierten Wertschöpfungsgewinne bis zum Jahr 2025. Diese Summierung der jährlichen Wohlfahrtsgewinne ist möglich, da das Potential wie das Einkommen eine Stromgröße und keine Bestandsgröße darstellt.

## Ergebnisse

Eine Anhebung der Erwerbsbeteiligung Älterer erhöht das nominale Produktionspotential bis 2025 im Vergleich zum Basisszenario um 47,4 Milliarden Euro. Kumulativ über die Jahre 2010 bis 2025 ergibt sich demnach ein Betrag von 328,4 Milliarden Euro. Etwas stärkere Wertschöpfungseffekte zeigen sich durch eine Steigerung der Partizipationsrate der Frauen. In diesem zweiten Szenario liegt das Produktionspotential im Jahr 2025 um 69,7 Milliarden Euro über dem Wert des Basisszenarios. Kumulativ über die Jahre 2010 bis 2025 ergibt sich ein Betrag von 472 Milliarden Euro. Durch eine Anhebung der Vollzeitquote der Frauen arbeitet im Jahr 2025 jeder Erwerbstätige im Vergleich zum Basisszenario etwa 23 Stunden mehr pro Jahr. Das Produktionspotential liegt für dieses Szenario im Jahr 2025 45,2 Milliarden Euro über dem Niveau des Basisszenarios. Kumuliert zeigt sich dann im dritten Szenario ein Wertschöpfungsgewinn von 293,9 Milliarden Euro im Vergleich zum Basisszenario. Das

vierte Szenario simuliert die Wertschöpfungseffekte einer Steigerung der Zuwanderung. Die Ergebnisse zeigen, dass im Jahr 2025 die Differenz des Produktionspotentials zwischen dem vierten Szenario und dem Basisszenario 50 Milliarden Euro beträgt. Über die Jahre 2010 bis 2025 wird kumuliert ein Betrag von 250,9 Milliarden Euro berechnet. Das fünfte Szenario behandelt die Wertschöpfungseffekte eines Maßnahmenpakets, das heißt der in den Szenarien 1, 2 und 3 durchgeführten Maßnahmen. Zu beachten ist die wechselseitige Beeinflussung der Erhöhung Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Anhebung der Arbeitsstunden der Frauen durch die Anhebung der Vollzeitquoten. Dabei kommt es zu zwei gegenläufigen Effekten für die Entwicklung des gesamten Arbeitsvolumens in Stunden. Zum einen sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit und damit die Gesamtstundenzahl aller Erwerbstätigen durch den gestiegenen Anteil der Frauen an der gesamten Erwerbsbevölkerung. Diese Gruppe weist eine geringere durchschnittliche Arbeitsstundenzahl auf als die Männer. Zum anderen steigt aber die Gesamtstundenzahl aller Erwerbstätigen, da absolut mehr Frauen Vollzeit arbeiten. Der zweite Effekt überwiegt und sorgt für einen deutlichen Anstieg der Wertschöpfung. Im Vergleich zum Basisszenario beträgt die Wertschöpfungsdifferenz im Jahr 2025 149,2 Milliarden Euro und kumuliert 985,9 Milliarden Euro. Damit ist der Anstieg des Produktionspotentials im ambitionierten Szenario am stärksten.

Der demografische Wandel drückt sich in dem starken Rückgang der Erwerbspersonen aus. Politikmaßnahmen setzen

deshalb in der Regel an dieser Größe an. Im Modell werden die Wertschöpfungsgewinne der einzelnen Szenarien dementsprechend, abgesehen von Szenario 3, über einen geringeren Rückgang der Erwerbspersonen im Vergleich zum Basisszenario erzielt. Die Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl für die verschiedenen Szenarien. Den deutlichsten Zuwachs an Erwerbspersonen im Vergleich zum Basisszenario lässt sich durch eine Kombination der Maßnahmen 1, 2 und 3 erzielen, also durch die verbesserte Integration von Älteren und Frauen.<sup>2</sup> Der stärkste Einzeleffekt zeigt sich durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen auf schwedisches Niveau. Hierdurch kommen verglichen mit dem Basisszenario über 1 Millionen zusätzliche Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt. Durch die Anhebung der Erwerbsbeteiligung Älterer sowie durch eine Steigerung der Zuwanderung liegt die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 2025 um ungefähr jeweils gut 700 000 über dem Wert des Basisszenarios. Eine Ausnahme stellt das Szenario 3 dar. Hier werden keine zusätzlichen Erwerbspersonen aktiviert, sondern die Anzahl der durchschnittlich gearbeiteten Stunden pro Jahr erhöht, weshalb sich die Erwerbspersonenzahl im Vergleich zum Basisszenario nicht verändert.

## Zusammenfassung

Die Untersuchung hat gezeigt, dass Politikmaßnahmen zur Fachkräftesicherung erhebliche Wertschöpfungseffekte generieren können. Diese lassen sich über eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Älteren oder der Frauen, durch eine Anhebung der Vollzeitquote der Frauen oder durch eine Steigerung der Zuwanderung erzielen. Für die Entwicklung der Erwerbspersonen ist die Erhöhung der Frauenerwerbsquote besonders attraktiv. Der größte Wertschöpfungseffekt könnte durch ein Bündel an Maßnahmen zur Fachkräftesicherung erreicht werden. Beispielhaft konnte dies anhand einer Anpassung der Erwerbsbeteiligung der Älteren und der Frauen sowie der Vollzeitquote der Frauen an schwedisches Niveau gezeigt werden.

Andreas Sachs, sachs@zew.de  
Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de

**Tabelle: Übersicht der projizierten Entwicklung der Erwerbspersonen**

| Erwerbspersonen<br>(konjunkturbereinigt, Tsd.) | 2010   | 2015   | 2020   | 2025   |
|--|--------|--------|--------|--------|
| Schweden Ältere                                | 43,611 | 43,706 | 43,126 | 41,708 |
| Differenz zum Basisszenario                    | -1     | 203    | 537    | 708    |
| Schweden Frauenerwerbsquote                    | 43,611 | 43,791 | 43,356 | 42,043 |
| Differenz zum Basisszenario                    | -2     | 288    | 767    | 1,043  |
| Schweden Frauen-Vollzeitquote                  | 43,613 | 43,502 | 42,589 | 41,000 |
| Differenz zum Basisszenario                    | 0      | 0      | 0      | 0      |
| Migration                                      | 43,613 | 43,576 | 42,957 | 41,765 |
| Differenz                                      | 0      | 73     | 368    | 765    |
| Schweden                                       | 4,3610 | 43,955 | 43,801 | 42,691 |
| Differenz zum Basisszenario                    | -3     | 453    | 1,212  | 1,691  |
| Basisszenario                                  | 43,613 | 43,502 | 42,589 | 41,000 |

Quelle: eigene Berechnungen

<sup>2</sup> Allerdings spielt hier die Anhebung der Vollzeitquote keine Rolle. Der Effekt auf die Erwerbspersonen kommt nur durch die Kombination der Maßnahmen 1 und 2 zustande.

# Was hemmt das Wachstum junger Unternehmen?

*Die Erwartungen an junge Hightech-Unternehmen sind hoch. Wettbewerb, Innovation, Beschäftigung sind die Stichworte dieser Erwartungen, deren Erfüllung vom dynamischen Wachstum eines möglichst großen Anteils der jungen Unternehmen abhängt. Aber nur ein kleiner Teil von ihnen wächst in den ersten Lebensjahren tatsächlich.*

In einer Studie haben Wissenschaftler des ZEW zusammen mit Forschern der KfW Bankengruppe die Gründe dafür untersucht. An junge Unternehmen, insbesondere an die aus den so genannten Hightech-Branchen, werden hohe Erwartungen geknüpft. Sie sollen zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt beitragen. Die Innovationstätigkeit der bestehenden Unternehmen soll durch den Wettbewerb mit den neuen Unternehmen stimuliert werden. Dadurch sollen Anstöße für einen modernisierenden Strukturwandel gegeben und zusätzliche Beschäftigung generiert werden. Damit dies tatsächlich geschieht, muss ein hinreichend großer Anteil junger Unternehmen wachsen, so dass ihre „Ausstrahlung“ groß genug ist, um die erhofften Prozesse anzustoßen.

## Geringes Wachstum bei Jungunternehmen

Allerdings wächst die deutliche Mehrzahl aller jungen Unternehmen in den ersten Jahren ihres Bestehens entweder überhaupt nicht oder allenfalls mit einer geringen jährlichen Rate. Die jährlichen Wachstumsraten sind definiert als die prozentuale Veränderung der Anzahl der Beschäftigten (inklusive Gründer) zwischen zwei verschiedenen Jahren. Dies gilt in gleichem Maße für Gründungen der Hightech-Branchen als auch für die Gründungen anderer Branchen. Trotz des zu vermutenden Wachstumspotentials bei den Hightech-Gründungen unterscheidet sich ihr Wachstum – sowohl im Durchschnitt als auch in der Häufigkeitsverteilung über unterschiedliche Wachstumsraten – so gut wie gar nicht von dem anderer Branchen. Warum?

Zunächst ist zu vermerken, dass von rund einem Drittel der jungen Unternehmen gar kein Wachstum angestrebt wird. Die relative Verteilung von „wachstumswilligen“ sowie „wachstumsunwilligen“ Jungunternehmen zwischen den Branchen ist nahezu identisch.

Die Ursachen für diesen Befund sind in den Motiven für die Unternehmensgründung zu suchen. Das vorherrschende Motiv zur Gründung eines Unternehmens ist der Wunsch der Gründer, möglichst selbstbestimmt und unabhängig arbeiten zu können. Diesbezüglich gibt es so gut wie keine Unterschiede zwischen Jungunternehmen mit und ohne Wachstumsbestrebungen (jeweils knapp 50 v.H.).

Signifikante Unterschiede gibt es allerdings bei zwei weiteren wichtigen Gründungsmotiven: Unternehmen mit Wachstumswunsch verfolgen mit der Gründung häufiger die Umsetzung einer konkreten Geschäftsidee als Unternehmen ohne Wachstumswunsch (35 v.H. gegenüber 28 v.H.). Zudem werden sie deutlich seltener als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit oder aus Mangel an geeigneten abhängigen Beschäftigungsmöglichkeiten gegründet. Bei knapp einem Viertel (24 v.H.) der Unternehmen ohne Wachstumswunsch sahen die Gründer keine Alternative zur Gründung. Für junge Unternehmen mit Wachstumswunsch ist dies nur bei rund 18 v.H. der Fall. Gerade der Wunsch, selbstständig zu arbeiten und möglichst lange den eigenen Lebensunterhalt verdienen zu können, kann aus Risikoerwägungen dazu führen, dass kein Wachstum des Unternehmens angestrebt wird. Mitarbeiter werden unter diesen Umständen teilweise als Belastung empfunden, da sie es erforderlich machen, die Akquisitionstätigkeiten auszudehnen, um die Finanzierung dieser Mitarbeiter sicher zu stellen. Dies wird nicht gewünscht, da dadurch Zeit von der eigentlichen Bearbeitung von Projekten abgeht. Dies ist oft der eigentliche Grund, warum sich die jeweiligen Personen selbstständig gemacht haben. Gleiches gilt für die Abwicklung der bürokratischen Vorgänge, die mit der Beschäftigung eines Mitarbeiters verbunden sind.

Neben den Unterschieden in den Motiven zur Gründung lassen sich noch weitere Unterschiede zwischen Wachstum anstrebenden Unternehmen und denen, die dies nicht tun, ausmachen. So werden

Gründungen mit Wachstumswunsch häufiger von Personen mit Führungs- oder Unternehmererfahrung gegründet. Sie investieren ebenso eher in Forschung und Entwicklung und sind generell innovativer.

## Hemmnisse von Wachstumswilligen

Um tatsächlich Effekte zu identifizieren, die wachstumsbeschränkend wirken, ist es sinnvoll, wachsende Unternehmen mit solchen zu vergleichen, die ihren Merkmalen nach ebenfalls wachsen könnten, die aber trotz Wachstumswunsch tatsächlich in ihrer Größe stagnieren (siehe Abbildung). Diese potentiellen Wachstumskandidaten haben im Vergleich zu den Gründungen, die tatsächlich wachsen, häufiger Schwierigkeiten, externe Finanzierung zu bekommen. Die Erlöse aus der laufenden Geschäftstätigkeit reichen vermehrt nicht aus, um zusätzliches Personal zu finanzieren. Sie haben stärker Probleme, geeignete Bewerber für Mitarbeiterpositionen in ihrem Unternehmen zu finden. Zudem scheitern sie häufiger an bürokratischen Hürden bei der Einstellung von Personal.

Am stärksten ausgeprägt ist der Unterschied bei der Finanzierung aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Über die Hälfte der Unternehmen (53 v.H.), die wachsen wollen und könnten, es aber nicht tun, geben an, dass ihr Umsatz nicht ausreicht, um Mitarbeiter einzustellen. Betrachtet man die Unternehmen, die gewachsen sind, ist es gerade mal ein Fünftel (20 v.H.). Daneben scheinen nicht wachsende Unternehmen den bürokratischen Aufwand zu scheuen, der mit der Einstellung von Personal verbunden ist. Das kann davon beeinflusst sein, dass sie keine Kapazitäten haben, diesen Aufwand zu betreiben. 35 v.H. der potentiellen Wachstumskandidaten geben an, dass sie aufgrund der Bürokratie keine Mitarbeiter eingestellt haben. Bei den Unternehmen, die gewachsen sind, sind es nur 10 v.H. An dieser Stelle bleibt allerdings offen, ob es sich um tatsächliche bürokratische Hindernisse handelt oder nur um wahrgenommene.

Die Unterschiede bei den Schwierigkeiten, externe Finanzierung zu erhalten und geeignete Bewerber zu finden, sind nicht so stark wie bei den beiden Faktoren zuvor, aber dennoch signifikant. 45 v.H. der

potentiellen Wachstumskandidaten haben Schwierigkeiten, externe Finanzierung zu bekommen gegenüber 32 v.H. bei den Unternehmen, die tatsächlich gewachsen sind. 36 v.H. der potentiellen Wachstumskandidaten finden keine geeigneten Bewerber. Bei den wachsenden Unternehmen sind es 24 v.H. Finanzierungsschwierigkeiten und Fachkräftemangel scheinen also wichtige Faktoren zu sein, die junge Unternehmen in ihrem Wachstum hemmen.

### Bewertungen und Handlungsfelder

Insgesamt sind drei Bereiche ausschlaggebend für die Entwicklung von jungen Unternehmen: Erstens ist die Risikopräferenz von Bedeutung, sich auf unsichere Gründungsprojekte einzulassen und den riskanten Weg einer wachstumsorientierten Entwicklung zu gehen. Dieser ist naturgemäß mit höheren Risi-

zwei Defizitbereiche benennen. Der eine umfasst den Bereich der gesellschaftlichen Wertung der Selbstständigkeit (und damit das Renommee, das über eine Gründung erworben werden kann). Der andere betrifft die mangelnde Wertschätzung neuer Produkte und Dienstleistungen durch die deutschen Konsumenten und damit die Schwierigkeiten von Gründungen, sich mit echten Neuerungen auf dem deutschen Markt zu behaupten. Im Gegensatz dazu besteht eine hohe Wertschätzung eben solcher Innovationen durch die nachfragenden Unternehmen in Deutschland. Dies kann mit verantwortlich dafür sein, dass viele Gründer eine offensive Strategie zur Marktausweitung scheuen und eher auf eine Bestandssicherung bedacht sind.

Hinsichtlich des formalen Humankapitals kann festgestellt werden, dass die Entwicklung neuer und innovativer Unternehmen ganz wesentlich durch die Ver-

vanz zu. Gerade die Berufserfahrung, die Erfahrung in Leitungsfunktionen, Kompetenz in relevanten Technologien oder Marktkenntnisse sowie die Einbindung in wichtige Netzwerke stellen entscheidende Faktoren für das Wachstum von jungen Unternehmen dar. Fähigkeiten dieser Art müssen dabei durch entsprechende Tätigkeiten im beruflichen Werdegang der Personen erworben werden. Dies benötigt Zeit. Aus diesem Grund sollten die Gründungstätigkeit stimulierende Konzepte, die darauf ausgelegt sind, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt des Berufslebens (nach dem Studium, nach der Ausbildung, sehr früh in einer Wissenschaftlerkarriere) eine Gründung anzuregen oder zu unterstützen noch einmal überdacht werden.

Die Ergebnisse zeigen zudem, dass unzureichende Finanzierung als ein zentrales Hemmnis für die Unternehmensentwicklung anzusehen ist. In jungen Unternehmen geht das Auftreten von Finanzierungsschwierigkeiten sowohl mit einer höheren Wahrscheinlichkeit, Investitionen zu unterlassen, als auch einer erhöhten Schließungswahrscheinlichkeit einher. Der zweite Aspekt spiegelt wider, dass junge Unternehmen oft unter einer angespannten Liquiditätsdecke operieren und keinen Spielraum haben, temporäre Liquiditätsengpässe zu überstehen. Dies hat damit zu tun, dass viele junge Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit bereits unterkapitalisiert aufnehmen.

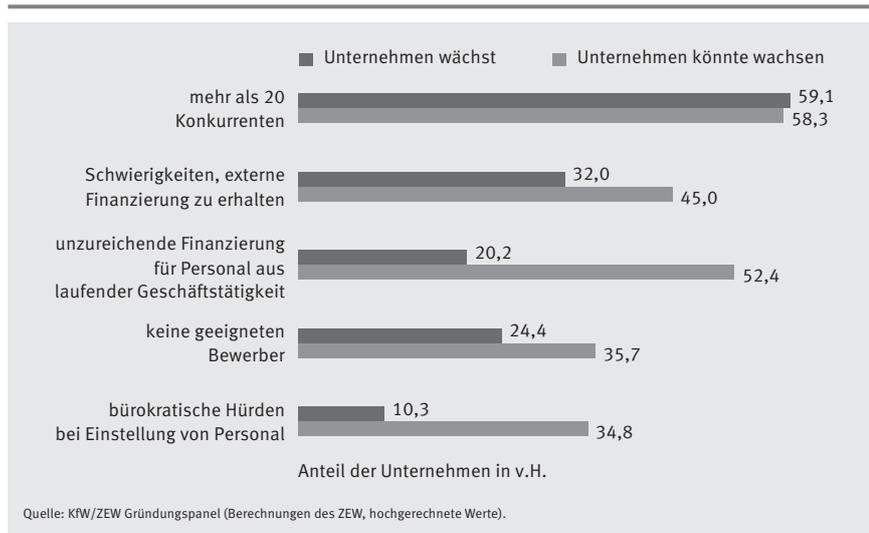
Die Finanzierungsoptionen, die sich Gründern oder jungen Unternehmen bieten, sind generell stark von der Höhe ihrer persönlichen Mittel beeinflusst. Die finanziellen Möglichkeiten, die sie selbst oder ihr unmittelbares Umfeld haben, bestimmen daher ihre unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten. Gerade die Möglichkeiten einer herkömmlichen Darlehensfinanzierung über ein Kreditinstitut werden stark von den von Ihnen aufzubringenden Sicherheiten bestimmt. Die sich aus der Geschäftstätigkeit bietenden Chancen werden bei der Kreditvergabe durch Banken oft nur unzureichend mitberücksichtigt.

Jürgen Egel, [egel@zew.de](mailto:egel@zew.de)  
Bettina Müller, [bettina.mueller@zew.de](mailto:bettina.mueller@zew.de)

#### Literatur:

Egel, J., H. Fryges, D. Höwer, B. Müller und K. Müller (2012): Wachstumsbedingungen bzw. Wachstumshemmnisse für junge Unternehmen, Studie zum deutschen Innovationssystem Nr. 14-2012, [http://www.e-fi.de/fileadmin/Innovationsstudien\\_2012/StuDIS\\_14\\_ZEW\\_KfW.pdf](http://www.e-fi.de/fileadmin/Innovationsstudien_2012/StuDIS_14_ZEW_KfW.pdf).

Abbildung: Mögliche Wachstumshemmnisse für Unternehmen, die wachsen wollen



ken des Scheiterns verbunden. Zweitens spielen die Fähigkeiten und Kompetenzen für ein Gründungsprojekt und die folgende unternehmerische Aufgabe eine wichtige Rolle. Hierbei sind nicht nur formale Qualifikationen von großer Bedeutung, sondern ebenso informelle Fähigkeiten wie Erfahrungswissen hinsichtlich Märkten, Technologien und möglichen Partnern. Drittens zeigt sich die hohe Relevanz der Finanzierungsbedingungen für die Entwicklung junger Unternehmen.

Im ansonsten für Deutschland überaus günstigen internationalen Vergleich hinsichtlich der Rahmenbedingungen für Gründungen lassen sich für Deutschland

für den Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Qualifikationen beeinflusst wird. Da gerade akademische Qualifikationen dieser Richtungen als relativ knapp anzusehen sind, besteht eine besondere Verwendungskonkurrenz für sie. Die Gehälter für Personen mit naturwissenschaftlich-technischen Qualifikationen werden weiter steigen und die für sie von Unternehmen angebotenen Arbeitsbedingungen werden sich weiter verbessern. Für junge, noch in der Startphase befindliche Unternehmen wird es somit immer schwerer, hier „mitzubieten“.

Dem nicht formalen Humankapital kommt ebenfalls eine erhebliche Rele-

# Das Produktionspotential im Frühjahr 2012

*Die enorme gesamtwirtschaftliche Unterkapazität in Deutschland, die sich seit dem Jahr 2009 auftut, ist nun abgebaut. Dies ist ein Ergebnis der aktuellen Schätzungen zum deutschen Produktionspotential, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem IfW Kiel zweimal im Jahr durchführt.*

Die Bedeutung des Produktionspotentials wurde durch die strikteren Regeln im Rahmen des Ende Januar vereinbarten Fiskalpakts der EU hervorgehoben. Ein zentrales Element des Fiskalpakts stellt die sogenannte „Goldene Regel“ (Balanced Budget Rule) zum öffentlichen Haushalt dar. Diese Regel gibt vor, dass das jährliche strukturelle Defizit (gemessen als Anteil am BIP) der 25 EU-Mitgliedsländer, die diesem Pakt beitreten möchten,

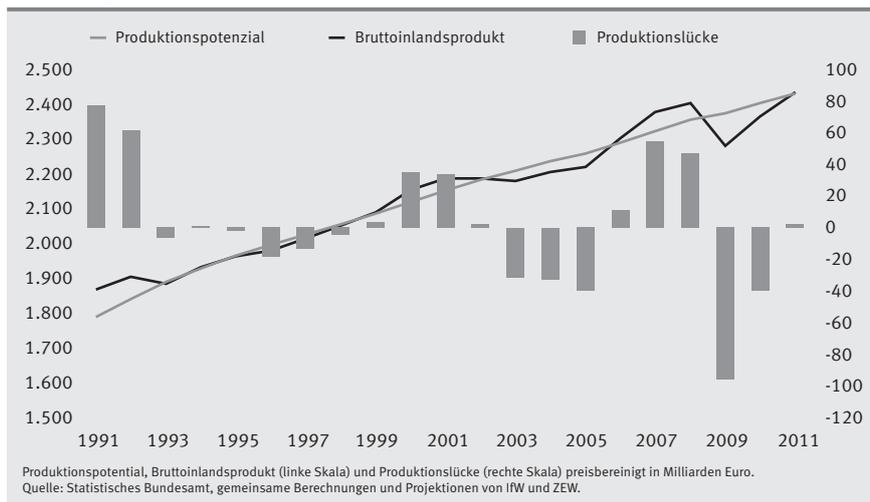
zu haben. Da konjunkturelle Defizite in wirtschaftlich guten Zeiten wieder abgebaut werden, geht von dieser Schuldenkomponente keine Gefahr für die langfristige Tragfähigkeit des Staatshaushaltes aus. Deshalb orientiert sich die Schuldenregel am strukturellen Defizit. Die Bestimmung des strukturellen Defizits setzt eine Trennung des Defizits in die beiden Komponenten „konjunkturell“ sowie „strukturell/dauerhaft“ voraus, die mit Hilfe des

tential aggregiert. Letzteres wird als Totale Faktorproduktivität (TFP) bezeichnet, da es diejenigen Produktivitätsfortschritte erfasst, die nicht auf die Faktoren Arbeit und Kapital zurückzuführen sind. Zuwächse der TFP sind dem technologischen Fortschritt zuzuschreiben. Neben Trendwerten wichtiger Determinanten des potentiellen Arbeitsvolumens (Bevölkerungsentwicklung, Partizipationsrate, durchschnittliche Arbeitsstunden je Erwerbstätigem), welche mit dem Hodrick-Prescott-Filter zyklisch bereinigt werden, geht eine Schätzung der NAIRU (inflationssensible Erwerbslosenquote) in die Berechnung ein.<sup>1</sup> Die Aufspaltung des Produktionspotentials in seine Komponenten gibt detaillierte Einblicke in die jeweiligen Wachstumsbeiträge der Komponenten. Zudem wird dadurch eine vorausschauende Abschätzung ermöglicht, indem Projektionen zu den einzelnen Faktoren bis zum Jahr 2016 erstellt werden.

## Annahmen und Ergebnisse

Für die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren) wird die Variante 1-W1 („mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze) der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts verwendet. Diese unterstellt für die Geburtenhäufigkeit annähernde Konstanz von 1,4, und beinhaltet einen Wanderungssaldo von 100 Tsd. Personen ab dem Jahr 2014. Die Partizipationsrate, definiert als Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64), wird von 80,8 v.H. im Jahr 2011 auf 83,3 v.H. im Jahr 2016 ansteigen. In diesem Trend spiegelt sich die ungebrochene Zunahme der Erwerbsbeteiligung. Die NAIRU geht über den mittelfristigen Zeitraum weiter zurück, da sich hier die grundlegende Tendenz der letzten Jahre fortsetzen wird. Bis 2016 wird eine trendmäßige Erwerbslosenquote (NAIRU) von knapp unter 4,5 v.H. erreicht. Die Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am Pro-

Abbildung 1: Potential, BIP und Produktionslücken



nicht die 0,5 v.H.-Schwelle überschreiten darf. Wird diese Vorgabe verletzt, kann von der Europäischen Kommission ein quasi-automatischer Sanktionsmechanismus in Gang gesetzt werden, der letztendlich Strafzahlungen in Höhe von 0,1 v.H. der Wirtschaftsleistung mit sich bringen würde. Im Prinzip folgt diese Regel der deutschen Schuldenbremse, welche im Jahr 2009 ins deutsche Grundgesetz aufgenommen wurde und durch eine regelgebundene Vorgabe zum Defizitabbau die Herstellung fiskalischer Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte zum Ziel hat.

Die Orientierung der Schuldenregel am strukturellen anstatt am tatsächlichen Defizit soll Spielraum für die Aufnahme rein konjunkturbedingter Neuschulden belassen, um etwa in konjunkturell schlechten Zeiten Möglichkeiten zur Gegensteuerung

Produktionspotentials und der daraus hervorgehenden Produktionslücke (definiert als Abweichung des tatsächlichen BIP vom Produktionspotential) erfolgt. Somit steht die Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit des abgeleiteten strukturellen Defizits unmittelbar mit dem Vorgehen zur Potentialschätzung in Zusammenhang.

Die Schätzung und Projektion des Produktionspotentials des ZEW erfolgt mit Hilfe eines produktionstheoretischen Verfahrens, welches in ähnlicher Form von der EU-Kommission, der OECD und den Wirtschaftsforschungsinstituten bei der Gemeinschaftsdiagnose eingesetzt wird. Dabei werden auf Basis einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion Trendwerte des Arbeitsvolumens und des Kapitalbestands sowie des Solow-Residuums zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspo-

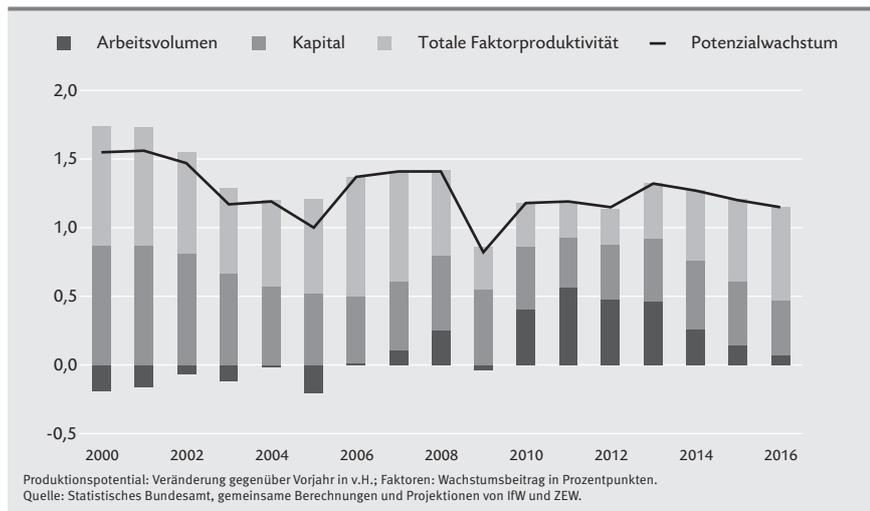
<sup>1</sup> Das Verfahren wird ausführlicher beschrieben in: Boss, Alfred, Dominik Groll, Marcus Kappler, Stefan Kooths, Andreas Sachs und Joachim Scheide (2011), Mittelfristprojektion für Deutschland: Potentialwachstum bleibt moderat – Kapazitäten bleiben angespannt, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 490/491, Kiel.

duktionspotential) wird zwischen den Jahren 2012 und 2016 durchschnittlich bei 19 v.H. und damit einen Prozentpunkt über dem Wert von 2011 liegen. Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhen den Kapitalbestand, welcher in nicht bereinigter Form in die Ermittlung des Produktionspotentials eingeht. Die tendenzielle Reduktion der Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird sich nicht fortsetzen. Deutschland

der Methode der EU-Kommission.<sup>2</sup> Danach wird der Trend des Solow-Residuums über den Zeitraum zwischen 2012 und 2016 mit etwa 0,5 v.H. p.a. wachsen. Diese Rate entspricht in etwa dem Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre. Unter den getroffenen Annahmen ergibt sich der in Abbildung 1 dargestellte Verlauf des Produktionspotentials und der Produktionslücke. Die enorme gesamtwirt-

dem Jahr 2009 und hat sich seither bei einem Wert von etwa 1,2 v.H. eingestellt. In den vergangenen vier Jahren haben alle Komponenten zum Potentialwachstum beigetragen. Im Vergleich zu den Zeiträumen vor dem Jahr 2009 kamen ab dem Jahr 2010 insbesondere vom Arbeitsvolumen positive Wachstumsbeiträge. Potentialwirksame Beiträge des Arbeitsvolumens sind auf die stetige Zunahme der Erwerbsbeteiligung sowie die ungebrochene Abnahme der NAIRU, die als eine Maßzahl für die strukturelle Komponente der Erwerbslosigkeit verstanden werden kann, zurückzuführen (siehe Abbildung 3). Der Wachstumsbeitrag der jährlichen Arbeitszeit dürfte sich hingegen über die kommenden fünf Jahre neutral auf das Potentialwachstum auswirken. Von der Erwerbsbevölkerung gingen seit der Jahrtausendwende durchweg negative Wachstumsbeiträge aus.

Abbildung 2: Beiträge der Produktionsfaktoren und der TFP zum Potentialwachstum



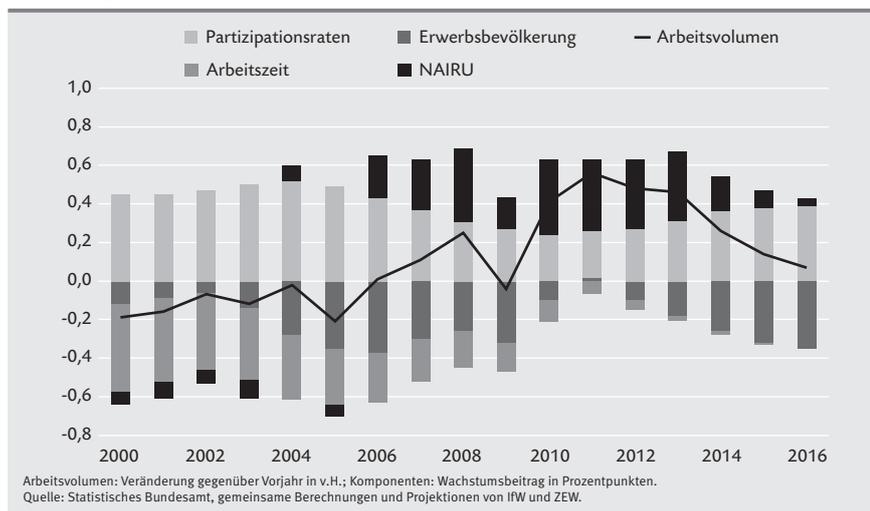
**Wachstumsfördernde Weichen stellen**

Die Alterung der Gesellschaft sowie der Rückgang der Bevölkerungszahl werden vor allem in der langen Frist zu einer Abnahme des Potentialwachstums führen, falls sich gegenwärtige Trends bei Erwerbsquoten und Arbeitszeiten einfach fortsetzen. Dieser absehbaren Tendenz kann jedoch durch eine beschäftigungs-, investitions- und innovationsfreundliche Politik entgegenwirkt werden. Insbesondere in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren ruhen, wie auf den Seiten 6 und 7 gezeigt, noch stille Reserven.

Weitere Stellweichen zur Sicherung und Steigerung des Produktionspotentials stellt eine Intensivierung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit dar. Grundlage dafür ist, den weiter steigenden Qualifikationsbedarf von Unternehmen durch beispielsweise die Öffnung der Hochschulen für Personen ohne Abitur zu sichern. Deutschland ist eine innovationsgetriebene Volkswirtschaft. Dauerhafte Steigerungen der Produktivität können nur gelingen, wenn Innovationskapazitäten ausgebaut und die Spitzenposition im Bereich der Forschungs- und Entwicklung gehalten wird.

Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de  
Andreas Sachs, sachs@zew.de

Abbildung 3: Wachstumsbeiträge der Komponenten des Arbeitsvolumens



liegt mit seiner derzeitigen durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigem bereits am unteren Ende im Vergleich zu anderen Industrieländern. Zudem zeigt sich eine Trendumkehr bei der Entwicklung der Vollzeitstellen in Deutschland. Daher ist nicht davon auszugehen, dass der Abwärtstrend bei der Arbeitszeit mittelfristig anhalten wird. Die Projektion des Solow-Residuums erfolgt auf Basis

schaftliche Unterkapazität in Deutschland, die sich seit dem Jahr 2009 auftut, hat sich im letzten Jahr abgebaut. Die Produktionslücke war mit einem Wert von 0,1 v.H. sogar leicht positiv.

Abbildung 2 zeigt das Wachstum des Produktionspotentials sowie der Wachstumsbeiträge der Komponenten Arbeitsvolumen, Kapital und Solow-Residuum. Das Potentialwachstum erholte sich seit

<sup>2</sup> Die Methode ist beschrieben in: Planas, C., W. Roeger und A. Rossi (2010): Does capacity utilisation help estimating the TFP cycle?, Economic Papers 410, Europäische Kommission, Brüssel.

## EU Kommission ist besorgt um Fortschritte bei den „Europa 2020“ Zielen

*Der Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission beschreibt Fortschritte bei der Erreichung der „Europa 2020“ Ziele und zeigt Potentiale zur Wachstumssteigerung auf. Zu Beginn des Jahres stellt die Kommission den Mitgliedsstaaten insgesamt kein gutes Zeugnis aus.*

Die Kommission fordert langfristige Wachstumsanstrengungen in Krisenzeiten nicht aufzuschieben, um die Erreichung der Kernziele der EU-Zukunftsstrategie nicht zu gefährden.

Seit 2011 finden jährlich jeweils in der ersten Jahreshälfte eine ganze Reihe intensiver Koordinierungsmaßnahmen zwischen den 27 Mitgliedsstaaten und den Institutionen der Europäischen Union statt. Im Rahmen dieses sogenannten „Europäischen Semesters“ werden vor dem Hintergrund einer bereits beschlossenen verstärkten Steuerung wirtschaftspolitischer Aktivitäten die politische Agenda sowie die haushaltspolitischen Ziele abgesteckt. Eröffnet wird das Europäische Semester durch den Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission. Darin werden wichtige Prioritäten für Wachstum und Finanzen festgelegt und mit den Zielen der „Europa 2020“ Strategie in Beziehung gesetzt. Bezüglich der Erreichung letzterer stellt die EU-Kommission direkt zu Beginn des Semesters den Mitgliedsstaaten ein gemeinsames Zeugnis aus. Anfang 2012 wurden keine guten Noten verteilt.

Die Wirtschaftskrise habe die Mitgliedsstaaten nach wie vor fest im Griff und erfordere besondere Anstrengungen. Die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte lasse nach Ansicht der Kommission oft wenig Raum für wachstumsfördernde finanzpolitische Maßnahmen. Dennoch möchte sie die Ziele der „Europa

2020“ Strategie nicht als allein langfristige Zielsetzung verstanden wissen. So heißt es zu Beginn des Jahreswachstumsberichts 2012: „Mittlerweile erübrigt es sich, in kurz- und langfristigen Kategorien zu denken, da die längerfristigen Wirtschaftsaussichten sich unmittelbar auf die kurzfristigen Kapitalbeschaffungskosten von Staaten auswirken. Längerfristige Reformen müssen parallel zu kurzfristigeren Maßnahmen angegangen werden.“ Gerade in der Bewertung der Ziele der „Europa 2020“ Strategie sieht die Kommission einen zuverlässigen Indikator für das Erreichen eines neuen Wachstumspfad, welcher strukturelle Schwächen überwindet und Wettbewerbsfähigkeit steigert. Allerdings stellt sie das Erreichen dieses Wachstumspfad ohne eine erkennbare Erhöhung der Anstrengungen der Mitgliedsländer explizit in Frage.

### Deutschland liegt bei der Erreichung der Ziele im Soll

Die „Europa 2020“ Strategie enthält 5 Kernziele für das Jahr 2020. Die Beschäftigungsquote soll auf 75 v.H. im EU27 Durchschnitt steigen, 3 v.H. des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sollen in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert werden. Zudem sollen die sogenannten „20-20-20“ Klimaschutzziele erreicht werden, die Zahl der Schulabbrecher unter 10 v.H. gesenkt und die der Hochschulabsolventen auf 40 v.H. gesteigert werden. Nicht

zuletzt soll die absolute Anzahl der in Armut lebenden Menschen in Europa um 20 Millionen sinken.

Insbesondere mit Bezug auf die Ziele zur Investitions- und Beschäftigungsquote sieht die Kommission wenig Grund für Optimismus. Selbst wenn alle Mitgliedsstaaten ihre nationalen Ziele erreichten, würde das Gesamtziel einer EU-weiten FuE Investitionsquote von 3 v.H. verfehlt. Die bisher beschlossenen nationalen Anstrengungen reichen nicht aus. Im Jahr 2010 lag die Quote laut Eurostat bei genau 2 v.H. Damit kam die Entwicklung in diesem Bereich zum Erliegen, da der Wert 2009 bereits bei 2,01 v.H. lag. Deutschland ist hingegen kaum ein Vorwurf zu machen. Hier liegt die Quote bei 2,82 v.H.

Das wichtige Ziel einer Beschäftigungsquote von 75 v.H. im Jahr 2020 sieht die EU-Kommission ebenfalls durch die aktuellen Anstrengungen zur akuten Krisenbewältigung und auf Grund finanzpolitischer Engpässe in Gefahr. Die Kommission geht für 2011 von einem EU-weiten Wert knapp unter dem Vorkrisenniveau von 70,3 v.H. aus und konstatiert Stagnation. Auch in diesem Bereich reichen die nationalen Ziele erneut nicht aus, um die gesamteuropäische Wunschquote zu erreichen. Bei einem Wert von 74,9 v.H. in 2010 erscheint das nationale Ziel von 77 v.H. greifbar.

Im weiteren Verlauf des Europäischen Semesters werden die Mitgliedsstaaten nationale Reform-, Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorlegen. Der Druck seitens der EU Kommission, dabei langfristige Wachstumsüberlegungen nicht aus den Augen zu verlieren, dürfte bestehen bleiben.

Jan Hogrefe, hogrefe@zew.de

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen – erscheint vierteljährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim  
Postanschrift: Postfach 103443 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Claudia Busl, Telefon 0621/1235-336, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [bustl@zew.de](mailto:bustl@zew.de)  
Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [kappler@zew.de](mailto:kappler@zew.de)  
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: [sachs@zew.de](mailto:sachs@zew.de)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2012